

Klimarat-Idee der Grünen geht der SP zu weit

Losentscheid 200 zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger sollen neue Impulse in die nationale Umweltpolitik bringen, fordern die Grünen. Die SP winkt ab, die Grünliberalen sprechen von reinem Politmarketing.

Stefan Häne

Es ist eine Premiere in der Deutschschweiz. Am vorletzten Wochenende hat in Uster ein Klimarat getagt, ein Gremium aus 20 zufällig ausgelosten Einwohnern. Die Gruppe soll neue Ideen zum Klimaschutz entwickeln. Eine zweite Sitzung folgt am nächsten Wochenende. Danach kann der Rat einen Bericht mit Empfehlungen verfassen oder politisch aktiv werden, in Form einer Volksinitiative etwa. Ein Klimarat soll auch auf Bundesebene geschaffen werden; das zumindest fordern die Grünen. 200 Mitglieder soll er zählen, und wie in Uster soll das Los die Zusammensetzung bestimmen. Ein geeignetes Verfahren soll sicherstellen, dass der Rat die Bevölkerung dennoch gut repräsentiert. Infrage kommen Personen ab 16 Jahren und mit ständigem Wohnsitz in der Schweiz, also auch Ausländer.

Parteilgisches Interesse

Der Rat erhielt erhebliche politische Gestaltungskraft. Zum Beispiel dürfte er den Anstoss für eine Änderung der Bundesver-



«Demokratie erweitern»: Grünen-Präsident Balthasar Glättli. Foto: Keystone

fassung geben. Anders als bei einer Volksinitiative müsste er dafür nicht binnen 18 Monaten 100'000 gültige Unterschriften sammeln; eine Zweidrittelmehrheit im Gremium würde dafür genügen. Für eine Annahme bräuchte es aber weiterhin das Volks- und Ständemehr. Auch müsste eine Gesetzesänderung weiterhin im Parlament eine Mehrheit finden und wäre dem fakultativen Referendum unterstellt. «Die direkte Demokratie

würde also nicht ausser Kraft gesetzt», sagt Grünen-Präsident Balthasar Glättli. Seine Partei wolle damit im Gegenteil die «Demokratie erweitern».

Den Grünen geht es auch um simple parteipolitische Interessen. Erfahrungen im Ausland zeigen, dass solche Gremien eine ambitioniertere Klimapolitik machen als gewählte Parlamente, so etwa der französische «Convention Citoyenne pour le Climat», ein ebenfalls durchs Los gewähl-

ter Klimarat. Glättli bestreitet das nicht. «Wir gehen aber nicht davon aus, dass mit dem Klimarat zwingend das grüne Parteiprogramm umgesetzt würde.»

Der Vorstoss liegt derzeit bei der Staatspolitischen Kommission des Nationalrats. Die Zeichen stehen auf Ablehnung. «Gerade das Nein zum CO₂-Gesetz sollte uns zeigen, dass wir eine Politik näher am Volk machen sollten – und nicht in neuen, demokratisch weniger legitimierten Kreisen», sagt Andri Silberschmidt (FDP).

Auch aus der SP und der GLP wird Kritik laut – jenen Parteien, die in der Klimapolitik mit den Grünen meist zusammenspannen. Nadine Masshardt (SP) findet es «grundsätzlich falsch», für die Beratung einer der grössten politischen Herausforderungen der Zeit das Zufallsprinzip anzuwenden. Corina Gredig (GLP) bezeichnet den Vorstoss gar als reines Politmarketing: «Wir leben in einer direkten Demokratie, es gibt also schon genügend Möglichkeiten zur Mitbestimmung.»

Glättli entgegnet, gewählte Parlamentarier seien gehalten, sich an ihre Wahlversprechen zu halten. Und an der Urne könnten

die Stimmberechtigten nur Ja oder Nein sagen. Losbasierte und repräsentative Bürgerräte dagegen würden die Lösungssuche im Rahmen einer «Minischweiz» ermöglichen, wo alle Bevölkerungsgruppen vertreten seien. Demokratisch wäre ein solcher Rat nach Ansicht von Glättli genügend legitimiert: «Er würde ja von den Stimmberechtigten beschlossen.» Zudem wäre er weit

Klimaberater abgesetzt

Bereits seit 1996 hat der Bund ein Beratergremium, in dem namhafte Forscherinnen und Forscher sitzen. Es soll konkrete Vorschläge zur Klimapolitik machen. Doch nun lässt Bundesrätin Simonetta Sommaruga dessen Mandat auf Ende Jahr auslaufen, wie die «NZZ am Sonntag» berichtet.

Der letzte Vorschlag des Gremiums: ein persönliches CO₂-Budget. Für jegliche Güter von der Bratwurst bis zum Flug würde beim Kauf die Menge an CO₂ vom Budget abgezogen, die zur Herstellung nötig war. Ist es aufgebraucht, müssten Emissionsrechte gekauft werden. (red)

repräsentativer zusammengesetzt als das Parlament, wo bestimmte Berufe und Einkommensschichten klar über- und andere untervertreten seien.

Grundsatz der Gleichheit

Kritikerinnen wie Corina Gredig geben jedoch zu bedenken: «Was ist, wenn die SVP einen Migrationsrat fordert?» Nenad Stojanović würde das nicht stören. Dem Politologen von der Universität Genf geht es ums Prinzip: «Im Losverfahren wirkt der urdemokratische Grundsatz der Gleichheit.» Die politischen Institutionen würden so ideal ergänzt.

Stojanović leitet das Projekt in Uster mit - zudem Bürgerpanels in Sion und Genf. Die Erfahrungen seien positiv, sagt er. Die Teilnehmer würden sich stark engagieren, auch seien sie dankbar für die Gelegenheit, sich politisch engagieren zu können; für viele sei es das erste Mal. Die Kontroverse um Bürgerräte erinnert Stojanović an die Kritik, welcher sich die Vorreiter der direkten Demokratie ausgesetzt sahen. «Heute aber sind wir alle froh, dass wir die direkte Demokratie haben.»

ANZEIGE

NEW SUZUKI HYBRID 4x4

FÜR JEDES ABENTEUER BEREIT



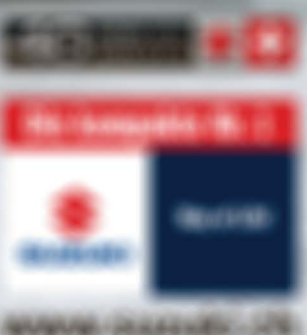


NEU: 1.6L 120kW (164PS) 0-100km/h: 8,9s Höchstgeschwindigkeit: 180km/h Verbrauch (l/100km) (NEDC) 6,6-7,8 CO₂-Emissionen (g/km) (NEDC) 175-185

NEU: 2.0L 125kW (170PS) 0-100km/h: 7,9s Höchstgeschwindigkeit: 190km/h Verbrauch (l/100km) (NEDC) 7,8-9,0 CO₂-Emissionen (g/km) (NEDC) 185-205

NEU: 2.0L 150kW (204PS) 0-100km/h: 6,9s Höchstgeschwindigkeit: 200km/h Verbrauch (l/100km) (NEDC) 8,9-10,1 CO₂-Emissionen (g/km) (NEDC) 205-225

NEU: 2.0L 180kW (245PS) 0-100km/h: 6,1s Höchstgeschwindigkeit: 210km/h Verbrauch (l/100km) (NEDC) 9,0-10,5 CO₂-Emissionen (g/km) (NEDC) 215-235



www.suzuki.ch